
2232/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 20.01.2022

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mario Lindner,
Genossinnen und Genossen

betreffend **finanzielle Absicherung bundesweiter Männerarbeit und Männerberatung**

Insgesamt 31 Frauen wurden in Österreich 2021 durch Männer ermordet. Diese Femizide bilden aber nur die traurige Spitze eines systemischen Problems von Gewalt gegen Frauen, Sexismus und Frauenfeindlichkeit in allen Teilen unserer Gesellschaft – eine Entwicklung, die sich gerade in den letzten Monaten auf furchtbare Weise verstärkt hat. Die aktuelle Debatte um wirksame Maßnahmen gegen diese Krise zeigt einmal mehr die Wichtigkeit von umfassenden, strukturellen Maßnahmen auf allen politischen Ebenen auf.

Eine zentrale Bedeutung kommt dabei dem Bereich der Männerarbeit zu. Präventionsarbeit in diesem Bereich hilft auf vielfältigste Arten, gewalttägiges Handeln von Männern zu verhindern und gewaltfördernde Rollenbilder aufzubrechen. Die wichtige Arbeit, die in diesem Bereich geleistet wird, leidet schon lange unter unzureichender finanzieller Absicherung – ein deutlicher Ausbau der öffentlichen Förderungen in diesem Bereich ist daher nicht erst seit Beginn der aktuellen Debatte um Gewalt gegen Frauen dringend notwendig.

Die Einrichtungen der Männerarbeit und Männerberatung, sowie der fortschrittlichen Burschen- und Väterarbeit bieten schon jetzt immens wichtige Angebote. Sie arbeiten sowohl mit Männern, die auf dem Weg sind, Gewalthandeln zu entwickeln, als auch mit solchen, die schon manifestes Gewalthandeln ausgeführt haben, und unterstützen dabei, gewalttägiges Verhalten zu beenden. Um diese Arbeit aber zielgerichtet und wirksam leisten zu können und damit einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen Gewalt an Frauen, sowie in der Förderung neuer Männlichkeitsbilder leisten zu können, braucht es dringend einen flächendeckenden Ausbau dieser Einrichtungen in ganz Österreich. Rasche und niederschwellige Arbeit mit Männern ist eine zentrale Säule, um frauenfeindliche Gewalt durch Männer einzuschränken: Das gilt sowohl in der Präventionsarbeit mit Burschen und Männern als auch in der opferschutzorientierten Täterarbeit mit jenen Männern, die bereits manifestes Gewalthandeln gezeigt haben.

Das Problem von Gewalt gegen Frauen durch Männer ist, unabhängig von gesellschaftlichen Schichten und Gruppen, ein strukturelles, das jeden Teil unserer Gesellschaft prägt. Auch die politische Antwort darauf muss daher eine strukturelle sein. Die Einrichtungen der Männerarbeit und Männerberatung, sowie der fortschrittlichen Burschen- und Väterarbeit brauchen daher langfristige finanzielle Absicherung. Die Politik hat die Aufgabe, diese Einrichtungen über die bisherigen zeitlich begrenzten Projektförderungen hinaus abzusichern und ihnen damit eine langfristige, abgesicherte Perspektive für ihre wichtige Arbeit zu geben. Es braucht eine bundesweit finanzierte Basisfinanzierung für Einrichtungen in diesem Bereich.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschie**ß**ungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien im Bundeskanzleramt und der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, wird aufgefordert umgehend ein Modell zur langfristigen Basisfinanzierung von Einrichtungen der Männerarbeit und Männerberatung, sowie der Burschen- und Väterarbeit zum Ausbau ihrer Arbeit im Bereich von Gewaltschutz und Gewaltprävention, unter Einbindung von Expert*innen und Einrichtungen aus diesem Bereich zu erarbeiten, und dieses mit ausreichend Budgetmitteln umzusetzen.“

Zuweisungsvorschlag: Gleichbehandlungsausschuss